

# NZZ - Einsatz in Afghanistan gescheitert

Ebrahim Afsah

Schon vor über zehn Jahren wussten die ausländischen Helfer, dass ihr Einsatz in Afghanistan gescheitert war – die Kooperation mit der lokalen Bevölkerung hat sich als Illusion erwiesen

Viele gewöhnliche Afghanen haben keine grundlegend andere Weltsicht als die Taliban. Es ist Zeit, schmerzhaft Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und über Religion zu reden.

Im August [2003](#) bin ich auf Einladung des deutschen Botschafters nach Afghanistan geflogen, um Vorschläge für Projekte zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit zu machen. Ich blieb über zehn Jahre, in denen ich für alle grossen internationalen Organisationen in allen Teilen des Landes im Rechts- und Verwaltungsaufbau gearbeitet habe. Bei jener ersten Reise besuchte ich alle grösseren Städte, auch Kunduz, lange bevor die Bundeswehr dort Stellung bezog.

Ein Schmied ist mir in Erinnerung geblieben, der mit blossen Händen und glühendem Eisen eine Radachse für einen Traktor aus dem Nichts zauberte. Wir unterhielten uns lange und schlossen so etwas wie Freundschaft. Als ich seinen Laden fünf Jahre später wieder einmal besuchen wollte, verstellte er mir peinlich berührt an der Schwelle den Weg und bat mich, doch bitte weiterzugehen. Seine Nachbarn sähen es nicht gerne, wenn Ausländer zu ihm in den Laden kämen, und er würde Schwierigkeiten bekommen. Ich tat, wie mir geboten, und wusste, dass etwas sich verändert hatte.

Für uns, die Jahre und Jahrzehnte in Afghanistan gearbeitet haben, kam der Zusammenbruch der Kabuler Regierung nicht überraschend. Spätestens seit den ausländerfeindlichen Pogromen ab [2007](#) war uns allen klar, dass dieser Einsatz gescheitert war. Ganz normale Afghanen hatten die unter ihnen lebenden Fremden, also gerade die lokal und humanitär arbeitenden, die anders als Diplomaten und Militärs nicht hinter Hesco-Barrieren verschanzt lebten, gejagt und gelyncht. Die zu unserem Schutz angestellten lokalen Wächter hatten meist ihre Posten verlassen; Nachbarn dirigierten den Mob zu unseren Verstecken.

Diese Pogrome wiederholten sich danach in unschöner Regelmässigkeit, wenn irgendwo auf der Welt irgendjemand die «Ehre» des Islams beleidigt hatte. Spätestens nach dem Angriff auf die vielen Ausländern als Refugium dienende Taverna du Liban [2014](#) in Kabul war allen Beteiligten klar, dass unsere Präsenz vom Wohlwollen der Taliban abhing und sie die Parameter unserer Arbeit setzten.

Der Einsatz in Afghanistan wurde immer gefährlicher, die Sicherheitskosten wuchsen beträchtlich, unser Einsatzradius wurde immer kleiner, am wichtigsten aber: Die Vision einer Interessengemeinschaft zwischen uns humanitären und technischen Helfern und der lokalen Bevölkerung war hinfällig.  
Verklärung statt Erklärung

Man neigt in der Berichterstattung über diesen Krieg dazu, die Taliban zu einem monolithischen Block atavistischer Gotteskrieger zu vereinfachen, die eine friedfertige, letztlich passive Bevölkerung zu Geiseln ihrer vorsintflutlichen Moralvorstellungen machen. Das Versagen des Aufbauprojektes gründet demnach auf der Korruption und Unfähigkeit der vom Westen gestützten Eliten mit Regierungsverantwortung sowie auf ungenügender strategischer Weitsicht der Geberländer und ihrer Militärs.

Wie alle Mythen beinhaltet auch diese Sicht einen Kern Wahrheit, doch verklärt sie mehr, als sie erklärt. Sie ignoriert das Vermögen der Menschen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu handeln. Die Tatsache, dass der Vormarsch der Taliban in der vergangenen Woche weitestgehend widerstandslos vonstattenging, zeigt, dass das relativ liberale, an westlichen Werten und

Organisationsprinzipien orientierte Staats- und Gesellschaftsmodell keine breite Unterstützung genießt.

Es lässt sich vermuten, dass der Unterschied zwischen der Weltsicht der Taliban und jener der gewöhnlichen Bevölkerung allenfalls graduell, keineswegs kategorisch ist. Das politische Projekt der Taliban scheint mehrheitsfähiger als das der korrupten Kabuler Republik. Wie auch in anderen Teilen der islamischen Welt scheint das liberal-demokratische Modell keine breite Anhängerschaft gefunden zu haben, und nicht einmal die zu erwartenden ethnischen Säuberungen haben eine effektive politisch-militärische Gegenwehr entstehen lassen.

Es fehlt auch an Redlichkeit

Präsident Biden hat recht, wenn er sagt, dass letztlich die Afghanen selbst über ihre Zukunft entscheiden und diese verteidigen müssten. Was er öffentlich aber nicht sagt, ist schmerzlicher: Der Westen weiss schlichtweg nicht, wie seine normativen Prämissen praktisch umzusetzen sind. Wir wissen nicht, wie man fragile Staatlichkeit stabilisiert, das heisst, wie man politische, soziale, rechtliche Institutionen in fremden Gegenden aufbaut.

Die immer wieder beschworenen Aufbauprojekte in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg eignen sich nicht zum Vorbild, da dort staatliche Strukturen bereits sehr gut, vielleicht zu gut, funktionierten und «nur» die moralische Ausrichtung geändert werden musste. Für diese liberal-demokratische Zivilisierung gab es sowohl historische Vorbilder als auch lokale Fürsprecher.

Andere Regionen und besonders islamische Gesellschaften aber haben sich in dieser Hinsicht als feindselig und unwirtlich erwiesen. Ihre Dysfunktion, gerade auch in Sicherheitsfragen, führt zu massiver Auswanderung und damit immer mehr zu einem westlichen innenpolitischen Problem. Da offene Grenzen auch für liberale Stimmen nicht überzeugend sind, erfolgt immer häufiger der wohlfeile Ruf nach «Bekämpfung der Fluchtursachen», das heisst nach Hilfe zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort, sei es in Libyen, Syrien, Jemen, Somalia, Libanon oder eben in Afghanistan.

Die Implosion der Kabuler Regierung aber zeigt, dass dies ein frommer Wunsch ist, eine problematische Präferenz, also ein Ziel, zu dessen Erreichung ein gangbarer Weg fehlt. Schlimmer, unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen fehlt die intellektuelle Redlichkeit, diese schwierigen Fragen und normativen Dilemmata zu thematisieren. Hierzu gehört ausdrücklich auch eine kritische Beschäftigung mit dem problematischen Erbe der Religion.

Der Islam, die einzige Antwort

Dass der Islam als normativer Referenzrahmen des Politischen eine grosse Mitverantwortung an den Missständen in Afghanistan und anderswo trägt, ist offensichtlich. Wer sich aber damit akademisch offen und ergebnisoffen beschäftigt, riskiert seine berufliche Zukunft. Der Konflikt in Afghanistan, der nun in eine neue, blutigere Phase eintritt, ist kein spezifisch afghanisches Problem, sondern illustriert vielmehr grundlegende Pathologien des gesamten islamischen Kulturkreises und seines «Unbehagens in der Moderne», wie es der syrische Philosoph Sadek al-Azm so treffend ausdrückte.

Das Versagen des Westens beim Versuch, seine materiell-organisatorische Überlegenheit in politisch-soziale Gestaltungsmacht umzusetzen, also sein Unvermögen, dem islamischen politischen Projekt eine selbstbewusste Alternative entgegenzusetzen, lässt sich nicht auf dieses an sich unbedeutende periphere Land begrenzen. Dem Westen ist es nicht gelungen, funktionierende Verwaltungsstrukturen und effektive Kampfeinheiten aufzubauen, geschweige denn deren nachhaltige Finanzierung durch lokale Steuern und Abgaben sicherzustellen. Letztlich liegt dieses Versagen in der Unfähigkeit begründet, eine glaubhafte und attraktive Vision einer stabilen, effektiven, vielleicht sogar liberalen Gesellschaft zu schaffen und zu propagieren.

Wenn man sich die gut dokumentierte innerafghanische Diskussion zur Verfassung von [1964](#) ansieht, so fallen die intellektuelle Tiefe, die substanzielle Breite und die gesellschaftliche Teilhabe

ins Auge, die den Prozess begleiteten. Eine traditionelle Gesellschaft machte sich auf, einen eigenen Weg in die Zukunft und einen eigenen Zugang zu universellen Massstäben der Staatlichkeit zu finden. Hiermit sind ausdrücklich nicht Menschenrechte gemeint, die auch damals schon abgelehnt wurden.

Dieser Versuch endete in Afghanistan mit dem republikanischen Putsch [1973](#) und dem ab etwa [1975](#) gegen dieses linksgerichtete, reformerische und leider auch grössenwahnsinnige Regime erstarkenden islamischen Widerstand. Das Schicksalsjahr [1978/79](#) brachte nicht nur den sowjetischen Einmarsch auf Einladung in Afghanistan, sondern auch die iranische islamische Revolution, die Übernahme der Grossen Moschee in Mekka durch saudische Terroristen sowie die pakistanische Islamisierung unter Zia al-Haq. Danach gab es in der islamischen Welt zunehmend nur noch eine Antwort auf alle Probleme: den Islam.

Gewalt als Kompensation

Als [2004](#) die jetzt kollabierte prowestliche Verfassung diskutiert wurde, dominierte also eine einzige Frage alle weiteren. Buchstäblich alle politischen und gesellschaftlichen Akteure waren Islamisten verschiedener Couleur, und alle Themen wurden überwiegend unter der Prämisse der Religion diskutiert.

In ihrer Hilflosigkeit und getrieben von der Absicht, die Septemberanschläge nicht zu einem Religionskrieg ausarten zu lassen, haben alle westlichen Staaten den Primat des Islams ausdrücklich akzeptiert. Diese zunehmende Dominanz religiösen Denkens ist in der gesamten islamischen Welt zu beobachten und mit dafür verantwortlich, dass fast alle mehrheitlich muslimischen Staaten politisch instabil, wirtschaftlich abgehängt und gesellschaftlich zerrissen sind.

Afghanistan zeigt diese Pathologien besonders deutlich, nicht zuletzt die Unfähigkeit, konkurrierende Interessen friedlich zu bündeln, zu verhandeln und gemeinsam zu tragfähigen Entschlüssen zu kommen. Alle islamischen politischen Bewegungen, einschliesslich jener in der westlichen Diaspora, versuchen diese Unfähigkeit durch Gewalt zu kompensieren. Die Stärke der Taliban liegt in ihrer Bereitschaft, durch besonders rücksichtslosen Einsatz von Gewalt ein relativ hohes Mass an politischer Effektivität zu gewährleisten. Genau davor hatte mein Freund, der Schmied, berechtigte Angst.

Da dies definitiv kein integratives Modell ist, werden die Nicht-Paschtunen sich wie in der Vergangenheit zur Selbstverteidigung ethnisch organisiert bewaffnen oder eben flüchten. Damit sehen wir einer längeren Agonie mit entsprechenden Flüchtlingsströmen entgegen.

Ebrahim Afsah ist Professor für islamisches Recht an der Universität Wien und assoziierter Professor für Völkerrecht an der Universität Kopenhagen. Von [2003](#) bis [2014](#) war er unter anderem für das Max-Planck-Institut für Völkerrecht, die Weltbank, GTZ, UNDP, UNODC, die Europäische Kommission sowie USAID in Afghanistan als «eingebetteter» Rechtsberater tätig.